

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

SYRIEN

Hilferuf aus Syrien

In Syrien wird weiterhin Nahrungsmittelentzug als Waffe gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt und in den Nachbarländern ist die Situation der Geflohenen alles andere als sicher. Mit Hilfe von 15th Garden, einem Netzwerk für unabhängige Nahrungssouveränität, können syrische und nichtsyrische Gärtner:innen, Bauern und Bäuerinnen direkte Solidaritätsbeziehungen aufbauen.

15th Garden ist aus der syrischen Revolution von 2011 entstanden. In dem Netzwerk haben sich Bäuerinnen und Bauern aus Afrin, Idlib, Daraa und vielen anderen Gegenden Syriens organisiert: Sie versorgen nicht nur die lokale Bevölkerung und Binnenflüchtlinge mit Gemüse, sondern versuchen auch ein landwirtschaftliches System, welches mit dem Wegfall des Zentralstaates zusammengebrochen ist, neu und in Hinblick auf ein würdevolles Leben wiederaufzubauen. Sie kämpfen für eine Nahrungssouveränität in Syrien und versuchen sich mit globalen Bewegungen von Kleinbäuerinnen und -bauern zu verbinden.

Seit Jahren sind sie hierbei massiver Gewalt ausgesetzt, etwa durch die weiterhin anhaltenden Belagerungen durch das syrische Regime, wie in Ost-Ghouta, wo 400'000 Menschen einer Hungerblockade ausgesetzt sind. Oder durch massive Bombardierungen durch die eigene Regierung, Russland und die internationale Koalition um die USA. Die Türkei will zusammenhängende Gebiete kurdischer Selbstorganisation im Norden Syriens verhindern und rückt mit ihren Truppen nach Afrin vor – ein Gebiet, welches viele Binnenflüchtlinge beherbergt, weil es von der Zerstörung der letzten sieben Jahre weitgehend verschont geblieben ist.

Seit Ende Dezember 2017 wird die Provinz Idlib, im Nordwesten Syriens, intensiv von Fliegern der syri-

schen und russischen Armee bombardiert. Gleichzeitig rücken die Truppen des Regimes vor, obwohl Idlib eine so genannte Deeskalationszone ist, deren Sicherheit durch Russland als Bürgen hätte garantiert sein sollen – so ausgehandelt unter Umgehung der Vereinten Nationen in den Gesprächen in Astana 2017.

Nach den Angriffen sind nach Angaben der UN mehr als 210'000 Menschen Richtung Norden geflohen. Fast die Hälfte von ihnen

flieht zum zweiten Mal: Tausende wurden letztes Jahr aus der Stadt Aleppo zwangsvertrieben. Wie in Aleppo Ende 2016 wird das gleiche Muster nun in Idlib wiederholt: Die zivile, selbstorganisierte Infrastruktur wird gezielt zerstört und die in Richtung Türkei fliehenden Menschen werden angegriffen.

Zerstörung bringt keinen Frieden

Nach Idlib gingen auch die Spenden vom «Basler Samensontag» 2017: In mehreren Dörfern der Provinz wurde gemeinschaftlich ökologische Landwirtschaft betrieben und seit Ende letzten Jahres konnte wieder eine der alten syrischen Weizensorten kultiviert werden. In den nächsten Monaten sollten damit zwei selbstorganisierte Bäckereien aufgebaut werden, welche die Dörfer der Umgebung mit Brot versorgen. Mit Stolz und Würde schickten sie uns immer neue Bilder, damit wir an der Entwicklung vor Ort teilhaben konnten. Schon

in den letzten Wochen waren dabei immer öfter im Hintergrund die Rauchwolken der Bombardierungen zu sehen.

Letzte Woche wurde die Saatgutbank des Dorfes getroffen. Vor vier Tagen war die Armee des syrischen Regimes und seiner Verbündeten 7 km entfernt, am nächsten Tag dann nur mehr 4 km. Den Tag darauf war die Mehrheit der Bevölkerung geflohen, nur ein Teil der Bauern blieb zurück – Tag und Nacht Luftangriffen ausgesetzt.

Frieden in Syrien wird es nicht durch die militärische Rückeroberung, die Zerstörung der Zivilgesellschaft und der selbstorganisierten Strukturen

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

geben. Tyrannei bringt keinen Frieden – die Menschen in Syrien wollen immer noch Freiheit!

Was können wir tun?

- Solidarisch sein mit allen Menschen in Syrien: Die demokratischen Experimente in den verschiedenen Gebieten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Informiert bleiben und andere informieren: Nur so können die Stimmen der Belagerten in Ost-Ghouta oder Afrin gehört und verstärkt werden! (Infos auch unter: www.ghouta.com)

- Info-Abende organisieren, Artikel für eure lokalen Zeitungen schreiben und von Journalist:innen verlangen, solidarisch über Syrien zu schreiben

- Auf die Strassen gehen und die Proteste, die Menschen aus Syrien fast wöchentlich in Deutschland organisieren, unterstützen (z.B. auf Facebook «Die syrische Revolution in Berlin»).

- Die Belagerungen durch Solidaritätsnachrichten an die Menschen in Ghouta, Idlib und Afrin durchbrechen (senden an: 15thgarden@riseup.net).

Gebt die Menschen in Syrien nicht auf!

15th Garden, Gruppe Berlin,
4. Feb. 2018
ergänzt am 20. Februar



John Chamberlain,
Buoy Crazy, 1992

Protestbewegungen

Beim letzten Herbsttreffen des Forum Civique informierte uns ein Teilnehmer aus Bulgarien über die Geschichte seines Landes, über die verschiedenen aktuellen Protestbewegungen und über die kleine, aber sehr aktive Gewerkschaft, in der er engagiert ist. (1. Teil)

Im Jahr 1989 passte sich ein grosser Teil der Kommunistischen Partei – die das Land die letzten 45 Jahre regiert hatte – schnell an die neue Situation an und sorgte dafür, dass ihre Privilegien erhalten und erweitert wurden, indem sie eine dominierende Rolle im neuen Mehrparteiensystem einnahmen und vor allem die private Aneignung von umfangreichem Staatseigentum betrieben. Diese Taktik war gewinnbringend für Russland, welches hoffte, durch die Beibehaltung der alten Elite Einfluss auf Bulgarien behalten zu können, aber auch für den «Westen», der das benötigte Know-how für die Marktformen zur Verfügung stellte, um die bulgarische Wirtschaft für ihre Unternehmen zu öffnen und Einfluss auf sie zu nehmen. Anfangs waren die Menschen auch mit den Veränderungen zufrieden, da die Demokratisierung des totalitären Regimes vom Grossteil der Gesellschaft gewünscht worden war.

Dieser Prozess war jedoch im öffentlichen Diskurs mit den Marktformen verbunden, die als unumgängliche Voraussetzung für eine Demokratisierung präsentiert wurden. Dieser Diskurs wurde während des ganzen Wandels verfolgt und

bestimmt massgeblich, wie die durchschnittlichen Bulgarinnen heute denken.

Ein brutaler Übergang

Die Anwendung der sogenannten «Schocktherapie» auf die Wirtschaft war ein geplanter und brutaler Raubüberfall auf die bulgarische Bevölkerung. In nur wenigen Jahren verlor die Mehrheit der Bulgarinnen einen grossen Teil ihrer Ersparnisse aufgrund der Hyperinflation, der Abwanderung staatlicher Sparkassen und der Verbreitung von Private-Banking-Pyramiden. Die Lebensqualität verringerte sich dramatisch, die Arbeitslosigkeit war allumfassend (was für eine Gesellschaft, die während des Staatssozialismus vor 1989 praktisch ohne Arbeitslosigkeit lebte, ein grosser Schock war), die Preise stiegen drastisch an und die öffentlichen Dienstleistungen wurden zerstört.

Dieser Prozess wurde von einem zwischenzeitlichen Anstieg von Selbstmorden und psychischen Erkrankungen begleitet. In dieser Zeit und in den folgenden Jahren sank die Bevölkerung um fast 3 Millionen Menschen (1/3 der Bevölkerung des Landes) wegen der genannten Gründe und wegen der massiven Auswanderung. Im Jahr 1997 war der riesige Privatisierungsprozess abgeschlossen, nachdem der grösste Teil der Industriegüter an Vertreter der neu gebildeten, wirtschaftlichen und politischen Oligarchie zu Spottpreisen verkauft worden war.

Die Zeit des Übergangs war auch von der Entwicklung der organisierten Kriminalität geprägt. Die Massenentlassungen im repressiven Apparat warfen Zehntausende von Staatsbeamten, ohne andere Berufsfähigkeiten, auf die Strasse. Zusammen mit der damals herrschenden Gesetzlosigkeit und der weitverbreiteten Raubtier-Mentalität war dies ein Faktor für die Schaffung mächtiger krimineller Gruppen, die in kurzer Zeit die grösseren Städte erobern sollten und die kleinen und mittleren Geschäftsaktivitäten durch Erpressung und Morde unter ihre Kontrolle brachten. Einige der Anführer dieser Gruppen haben es geschafft, ihre Geschäftsimperien im

Laufe der Jahre zu legalisieren, und heute sind sie Teil der angesehenen Wirtschaftselite des Landes: zum Beispiel der derzeitige Premierminister Boyko Borisov, ein ehemaliger Leibwächter des KP-Chefs Todor Zhivkov, oder die Sicherheitsfirma TIM, die aus dem organisierten Verbrechen in den 1990er Jahren entstanden ist und in ein grosses Holding-Imperium umgewandelt wurde und inzwischen einen enormen Einfluss auf das wirtschaftliche, politische und soziale Leben hat. In dieser Zeit wurden die faschistischen Organisationen, die vor 1944 existierten, wiederhergestellt und sie setzten eine starke neonazistische, faschistische und nationalistische Präsenz im politischen Leben des Landes durch. Schliesslich passte sich die Gesellschaft langsam ihrem neuen «Schicksal» an, nämlich die ärmsten Menschen im korruptesten Land Europas zu sein. Der relative wirtschaftliche Aufschwung nach 2001 half, sich an die auf Dienstleistungen basierende neue Wirtschaft anzugleichen, und schuf mit dem EU-Beitritt 2007 sogar eine gewisse optimistische Stimmung. All dies brach jedoch zusammen, als die Auswirkungen der globalen Krise von 2009 bis 2011 in Bulgarien spürbar wurden.

Soziale Unruhen

Im letzten halben Jahrzehnt gab es in Bulgarien eine anhaltende Welle von Protesten, wie z.B. die sozialen Proteste im Jahr 2013. Denn es war eine sehr harte Zeit für die bulgarische Bevölkerung, welche die Turbulenzen der globalen Wirtschaftskrise spürte und nach Jahrzehnten rechter, neoliberaler Politik kein soziales Sicherheitsnetz mehr hatte. Der Bausektor war nach 2011 zusammengebrochen und hatte die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit explodierte und unbezahlbare

Schulden brachten die Menschen zur Verzweiflung. In diesem Zusammenhang beschlossen die drei privaten Elektrizitätsunternehmen (von denen jedes in verschiedenen Gebieten des Landes Monopole hält), die Stromgebühren zu erhöhen. Diese Entscheidung wurde auch von der staatlichen Aufsichtsbehörde unterstützt. Die Rechnungen, die bereits exzessiv waren, verdoppelten sich, und die Menschen standen vor einer sozialen Katastrophe. Die Unruhen brachen spontan in einer der ärmsten Regionen des Landes aus, verbreiteten sich aber bald überallhin. Die mächtigsten Proteste waren in Varna mit rund 70'000 Menschen auf der Strasse, was für eine Stadt mit 450'000 Einwohnerinnen enorm ist. Die Leute begannen, spontane, unkoordinierte Angriffe auf die Hauptquartiere der Elektrizitätsunternehmen durchzuführen. In Varna wurden sie zerschlagen und in Plovdiv angezündet. Es kam zu grösseren Zusammenstössen mit der Polizei.

Verzweiflung und Hoffnung

In dieser Zeit begann in dem Land eine massive Selbstmordwelle durch Selbstverbrennungen; allein im Jahr 2013 waren 14 von ihnen tödlich. Die meisten Selbstverbrennungen waren durch Verzweiflung, Perspektivlosigkeit und Verschuldung verursacht. Es gab aber auch eindeutig politische Motive. Ein junger Mann setzte sich in Brand und starb vor dem Rathaus in Varna. Sein vollständiger Name war Plamen Goranov: Sein Vorname «Plamen» bedeutet auf Bulgarisch «Feuer», was seiner Tat noch eine zusätzliche Symbolkraft verlieh. Vor seinem tragischen Tod rief er Slogans gegen die lokale Regierung und gegen deren Verstrickung mit dem mafiösen TIM-Imperium, welches in Varna entstanden und hier omnipräsent ist. Der Protest führte schliesslich zum Rücktritt

Archipel

Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

März 2018 - Nr. 268

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
[ch\(a\)forumcivique.org](mailto:ch(a)forumcivique.org)

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
[at\(a\)forumcivique.org](mailto:at(a)forumcivique.org)

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
[de\(a\)forumcivique.org](mailto:de(a)forumcivique.org)

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
[fr\(a\)forumcivique.org](mailto:fr(a)forumcivique.org)

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
[ua\(a\)forumcivique.org](mailto:ua(a)forumcivique.org)



Takahashi Tomoko, Drawing Room, 1998

des langjährigen und mit dem TIM verbundenen Bürgermeisters von Varna und der rechten Regierung. Die Aktionen gegen die Elektrizitätsunternehmen haben dieselben gezwungen, die alten Preise wiederherzustellen. Doch trotz dieser kurzfristigen Siege konnten die Proteste keine neue politische Agenda schaffen, um den Status Quo im Land zum Wanken zu bringen. Es handelte sich eher um einen Protest der Verzweiflung als um einen, der auf tiefgreifende soziale Veränderungen abgezielt hätte. Das liegt an der jahrelangen aggressiven Diskreditierung der Linken, an der Entpolitisierung der Gesellschaft und an der tiefen Einprägung des rechten Dogmas, dass es *«keine Alternative»* gäbe und dass jeder, der eine andere Meinung hat, ein *«totalitärer Kommunist»* sei.

Aber die Tatsache, dass wir nach all den Jahren der Verzweiflung endlich massive soziale Revolten hatten, ist positiv. Trotz der allgemeinen Verwirrung waren einige radikale antikapitalistische Tendenzen unter den Demonstrierenden und das gibt uns die Hoffnung, dass wir endlich aus dem stillen Slum gehorsamer kapitalistischer Ausbeutung und postsozialistischer Komplexe herauskommen. Ausserdem haben die Proteste das Aufkommen einer organisierten, antiautoritären Linken in Varna gefördert, also etwas, das vorher überhaupt nicht existierte. Aktivist:innen, die sich während der Proteste trafen, schufen das erste antiautoritäre soziale Zentrum in der Stadt.

Einige Monate später wurde die erste Sektion meiner Gewerkschaft ARS (Autonome Arbeiter:innen-Gewerkschaft) in Varna gegründet. Durch unsere Initiativen zogen wir Arbeiter:innen und Studierende an. Im Sommer 2013, nur wenige Monate nach den sozialen Protesten, begann eine neue grosse Protestwelle, dieses Mal in der Hauptstadt Sofia. Sie wurde von den liberalen rechten Parteien und der oberen Mittelschicht angeführt. Die Demonstrierenden grenzten sich bewusst ab von den *«Winter-Demonstranten»*, die sie als *«arm und ungebildet, nur für Materielles kämpfend»* bezeichneten, während sie, aus der Mittelschicht kommend, sich selbst als *«gut aussehend und erfolgreich, im Einsatz für höhere Werte wie z.B. Moral in der Politik»* sahen und natürlich eine rechte Regierung anstrebten. Doch gleichzeitig sind neue, interessantere, weit sozialere Bewegungen entstanden, über die wir im zweiten Teil dieses Artikels im nächsten Archipel berichten werden.

Mitko Dimitrov, Varna, Bulgarien

RUMANIEN

Sag Nein zur Korruption!

Innerhalb eines Jahres stürzten die in Bukarest regierenden Sozialdemokraten (PSD) zum zweiten Mal die eigene Regierung. Seit Ende Januar ist mit Viorica Dancila erstmals eine Frau Regierungschefin. Anlass zur Hoffnung besteht jedoch nicht.

Nachdem im Sommer Premier Grindeanu mangels Gehorsams gegenüber seinem Parteichef Dagnea abgesetzt wurde, folgte ihm kurz nach Jahreswechsel sein Nachfolger Tudose, nach gleichem Prozedere der Parteiführung, ins politische Aus. Nicht die Bekämpfung der immer noch weit verbreiteten Armut, weder Bildung noch Gesundheit sind für diese Regierung prioritär. Um den vorbestraften Liviu Dagnea und andere Parteigrößen zu schützen, greift die PSD mit den Koalitionären der liberalen ALDE nach polnischem und ungarischem Vorbild frontal die Unabhängigkeit der Justiz an.

Doch die besten Proteste Rumäniens finden im Winter statt. Dass sie nicht nur spontan ausbrechen, sondern auch von Bündnissen vorbereitet werden können, ist die Lehre aus dem Massenprotest *«Spune Nu corupcie / Sag Nein zur Korruption»* vom 20. Januar. In dichtem Schneetreiben, auf matschgetränkten Strassen kamen des Abends laut moderaten Quellen 70'000 Menschen aus dem ganzen Land zusammen¹, um ihren Unmut gegenüber der kleptokratischen Regierungspolitik kund zu tun.

Neu war dabei die Präsenz eines kleinen und lebendigen Blocks: Die Aktivist:innen von DEMOS² verliehen dem durch die Mehrheit liberaler und nationalkonservativer Demonstrant:innen geprägten Protest etwas Farbe. Einer von ihnen, Claudiu Crciun, meinte bereits im Vorfeld dazu: *«Selbst wenn die Proteste von oppositionellen Rechtsparteien instrumentalisiert werden, ist unsere Präsenz notwendig. Justiz und Steuerrecht betreffen uns alle, und die Eingriffe an ihnen sind inakzeptabel.»*

Die kritische Masse der rumänischen Bürger:innen der Post-1990er-Periode hat sich im liberal-konservativen Lager beheimatet³. Wie katastrophal der Regierungsstil der PSD auch sein mag – sie verfügt über eine stabile Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments. Das Entsetzen der Opposition und auch vieler bürgerlicher Aktivist:innen über die erneute Ernennung einer entsprechenden Regierung durch Präsident Johannis lässt daher auch Fragen nach dem Demokratieverständnis zu.

Eine Veränderung der politischen Situation wird nur möglich, wenn es gelingt, die Mehrheit der Sozialdemokraten aufzubrechen. Das ist nur möglich, wenn sich eine politische Bewegung vor allem der Armutprobleme annimmt. Diese Ideen liefert das bürgerliche Lager von liberal bis konservativ eben nicht.

Es ist daher ein erstes Zeichen, wenn sich auf den Protesten Menschen mit Slogans wie *«Soziale Gerechtigkeit – Nieder mit den Privilegien!»* äussern. Entsprechend optimistisch war die langjährige Aktivistin Andreea Petruc. Die Thematisierung der sozialen Frage sei neu: *«Neben dem Wunsch nach unabhängiger und funktio-*

nierender Justiz haben wir gegen Armut und Marginalisierung, für die angemessene Finanzierung öffentlicher Bildung und Gesundheit sowie für gleiche Rechte für alle demonstriert.» Die Demonstrant:innen hätten positiv auf diese Botschaften reagiert – das sei ermutigend.

Wie es weitergeht ist offen. Auch die neue Regierung wird sich wohl kaum auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Am 22. Februar kündigte Innenminister Toader die Absetzung der Antikorruptionsstaatsanwältin Kövesi an. Die nächsten Proteste kündigen sich bereits an – der Winter ist noch nicht vorbei.

Jochen Cotaru, FCE Rumänien

1. Die Veranstalter:innen sprachen von bis zu 100'000 Teilnehmer:innen.
2. Bewegung für Demokratie und Solidarität, www.platforma-demos.ro
3. Einer der vielen Gründe ist die von der PSD optimierte Form systemimmanenter Korruption über ihr System vieler regionaler *«Barone»*. Ein System gegenseitiger Abhängigkeit und solcher Art gewährter Loyalitäten ist Basis ihrer Politik. Die anderen etablierten Parteien, mit Ausnahme der USR, bedienen sich mehr oder weniger ähnlicher Methoden ohne jedoch die fragile Klasse der grössten Partei des Landes zu erreichen.

FRANKREICH

Verschärfte Migrationspolitik

Sogar einigen Prominenten, die bei der Präsidentschaftswahl im Vorjahr, noch ohne zu zögern, Emmanuel Macron unterstützt hatten, bereitet dessen Migrationspolitik jetzt Bauch- und Kopfschmerzen. Eine davon ist die französische Kulturministerin Françoise Nyssen.

Nyssen forderte Mitte Januar dieses Jahres mindestens zehn Leitende öffentlich-rechtlicher Kultureinrichtungen dazu auf, zusammen mit ihr einen Aufruf zu unterzeichnen, indem es unter anderem hiess: *«Stellen wir uns vor, dass unsere Kinder sich in zwanzig, dreissig oder fünfzig Jahren umdrehen und unser Tun befragen. Und fragen wir uns: Werden sie stolz sein können auf das, was sie dann sehen?»* In einer Ansprache bei einer Kulturtagung in Nantes am 17. Januar schlug Nyssen als Alternative zur aktuell eingeschlagenen Politik gegenüber den Migrant:innen vor: *«Die Kulturwelt hat die Pflicht zu reagieren. Bieten wir ihnen eine Aufnahme an, die dieses Wortes würdig ist. Unsere Ehre, die unserer Kultur und unserer Republik hängt daran.»* Demonstrativ weihte Nyssen kurze Zeit später auch eine Ausstellung über Künstler:innen im Exil ein.

Ihre Worte waren sicherlich ziemlich moralisch-pathetisch formuliert. Doch die ihnen zugrunde liegende Kritik an der derzeitigen Migrationspolitik im Macron-Lager wird von Vielen geteilt, auch von Personen, die ihm nahe stehen. Die staatliche Politik gegenüber den Migrant:innen war ab Oktober vorigen Jahres sukzessive verschärft worden, nachdem ein Tunesier im Hauptbahnhof von Marseille zwei Frauen erstach und daraufhin von den Wachbeamten erschossen wurde. Der Mann mit psychischen Störungen, der sich in der letzten Phase eine vage jihadistische Ideologie zugelegt hatte, war kurz zuvor wegen Ladendiebstahls festgenommen und in eine Abschiebehaftanstalt bei Lyon verbracht worden. Aufgrund von Platzmangel, weil Wochenende war und weil sein *«Fall»* damals nicht als dringlich galt – er war nicht als gefähr-

lich eingestuft – war er jedoch durch die dortige Verwaltung am selben Tag wieder entlassen worden.

Seitdem sollen alle illegalisierten Migrant:innen seine Tat in gewisser Weise mitbezahlen, indem die Abschiebepolitik drastisch verschärft wird. Eine ministerielle Anweisung vom Dezember 2017, die derzeit infolge von Protesten vorübergehend aufgehoben wurde, ordnete zudem an, dass Sozialarbeiter:innen und andere Beschäftigte in Notunterkünften für Wohnungs- und Obdachlose dabei mitwirken sollten, die dort Anwesenden nach Vorhandensein oder Fehlen einer Aufenthaltsberechtigung zu sortieren. Im November erging bereits die Anordnung von Innenminister Gérard Collomb, allen abgelehnten Asylsuchenden zügige Ausreisebescheide auszustellen.

Unerträgliche Entmenschlichung

Ein im Januar als Vorentwurf bekannt gewordenes Gesetzesvorhaben, das jetzt im Februar debattiert werden soll, sieht weitere drastische Verschärfungen vor. Die in Frankreich bislang relativ kurze Abschiebehaft – in mehreren deutschen Bundesländern kann sie bis zur nach EU-Recht zulässigen Höchstdauer von anderthalb Jahren gehen – soll zum Beispiel von derzeit maximal 45 Tagen auf künftig neunzig, unter Umständen auch 135 Tage ausgedehnt werden. Entscheidend ist, dass in Zukunft ein Einspruch gegen die erstinstanzliche Ablehnung in bestimmten Fällen keine aufschiebende Wirkung mehr haben soll. So soll

eine Abschiebung möglich werden, noch bevor die zweite Instanz, die in Frankreich beim «Nationalen Gerichtshof für Asylrecht» (CNDA) zentralisiert ist, entschieden hat – falls der CNDA einen positiven Entscheid trifft, kann der oder die Asylsuchende ja gegebenenfalls wieder einreisen, wenn ihm oder ihr inzwischen nichts zugestossen ist. Keinen Aufschub gegen Abschiebungen erhalten sollen Asylsuchende, die in Frankreich einen Gesetzesverstoß begingen oder die aus Herkunftsländern stammen, welche offiziell als «sicher» eingestuft wurden. Doch wir wissen, dass es auch bei Menschen aus «sicheren Herkunftsstaaten» begründete Asylgesuche gibt, die in der Praxis auch mitunter in zweiter Instanz durchkommen, besonders bei spezifischen Bedrohungen wie Genitalverstümmelung oder bei Homosexuellen.

Auch innerhalb der erst vor weniger als einem Jahr entstandenen Regierungspartei *La République en marche* (LREM) regt sich wachsende Opposition. Besonders Abgeordnete mit Migrationshintergrund – in der jungen Generation wächst ihr Anteil – oder von der Linken kommende Angehörige des eher sozialliberalen Flügels bei LREM lassen sich kein Blatt mehr vor den Mund halten. Der Regierungsentwurf wurde am Mittwoch, den 21. Februar, im Kabinett abgesehenet. Am darauffolgenden Tag wollten, trotz einer expliziten Unterlassungsaufforderung von Innenminister Collomb, um die dreissig Abgeordnete der Regierungspartei Änderungsanträge zum geplanten neu-

en Ausländer- und Asylgesetz ins Parlament einbringen. Dort wird der Entwurf im April debattiert.

Bereits seit Januar diskutieren auch Intellektuelle erregt darüber und die Pariser Abendzeitung *Le Monde* sprach am 5. Februar diesbezüglich von einem «Krieg der Petitionen». Ein Gastbeitrag, der sich gegen zu restriktive Änderungen im Ausländerrecht aussprach, erschien am 16. Januar in derselben Zeitung. Seine Unterzeichner waren so wenig des Linksradikalismus verdächtige Prominente wie Laurent Berger, der Generalsekretär des rechtssozialdemokratisch geführten Gewerkschaftsbunds CFDT, und der sozialliberale Wirtschaftswissenschaftler Jean Pisani-Ferry.

Am 11. Januar erschien das ebenfalls sozialliberale Wochenmagazin *L'Obs* unter einem Titelblatt, das ein Konterfei Emmanuel Macrons umgeben von Stacheldraht zeigt. Im Blattinneren kritisierte der Schriftsteller Jean-Marie Gustave Le Clézio damals eine «unerträgliche Entmenschlichung» in der Behandlung von

Migranten und Geflüchteten durch die Regierung.

Derzeit stehen – neben den diversen Flüchtlingsorganisationen – eher Intellektuelle an vorderer Front, da die sozialen Bewegungen insgesamt aufgrund ihrer Niederlagen gegen die Macron-Regierung – etwa bei den Mobilisierungsversuchen gegen regressive Änderungen beim Arbeitsrecht, und derzeit gegen die Einschränkung des Hochschulzugangs – eher in einer Flauteperiode stecken. Die gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter:innen am «Nationalen Gerichtshof für Asylrecht» (CNDA) ihrerseits traten allerdings vergangene Woche in den Streik gegen geplante Neuregelungen wie die einmal mehr beschworene «Verfahrensbeschleunigung», die sie als Gefahr für die Geflüchteten wie für ihre eigenen Arbeitsbedingungen betrachten. Wenn sich die sozialen Widerstände in den kommenden Monaten doch bündeln sollten, dann wird dieser Aspekt keine geringe Rolle spielen.

Bernard Schmid, Paris

VOR 100 JAHREN

Der Januarstreik 1918

Vor hundert Jahren ist der Erste Weltkrieg in sein viertes Jahr gegangen. In diesem besonders harten Winter verschärfte sich die Versorgungslage auch in Österreich dramatisch – viele litten an Hunger und den despotischen Arbeitsbedingungen in der kriegsrelevanten Industrie. Am 14. Januar 1918 gelang es den Arbeitern und Arbeiterinnen, die Kriegsmaschinerie für mehr als eine Woche ins Stocken zu bringen.

«*Arbeitendes Volk! Dreieinhalb Jahre dauert dieser menschenmordende Krieg und trotz der Friedensverhandlungen ist kein Ende dieser Metzereien abzusehen.*» Mit diesen Worten beginnt das geschichtsträchtige Flugblatt, das am Abend des 12. Januar 1918 in der Wiener Währinger Strasse von der Polizei entdeckt wurde und das in den darauffolgenden Tagen einen Flächenbrand auslösen sollte. Verfasst wurde es von Franz Koritschoner und Leo Rothziegel, zwei jungen Kriegsgegnern. Sie kritisierten scharf, dass sich die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk immer mehr in die Länge zogen. Die Regierung war äußerst nervös: K.u.k. Aussenminister Ottokar Graf Czernin, der die Verhandlungen seitens der Donau-

monarchie leitete, telegraphierte am 13. Januar nach Wien, die Zeitungen sollten streng zensuriert werden, weil Meldungen über den Stand der Verhandlungen Unruhen erzeugen könnten. Die sozialdemokratische Führung verhielt sich in dieser Situation verhältnismässig ruhig. Ein Umstand, der Koritschoner und Rothziegel sowie viele Arbeiterinnen und Arbeiter dazu bewegten, das Heft selbst in die Hand zu nehmen.

An vielen Orten in Europa wurde gestreikt – die Presse berichtete ausführlich. Streiks waren streng verboten – Agitatoren wurden hart bestraft, viele kriegsrelevante Betriebe unterstanden dem Kriegsleistungsgesetz und somit militärischer Disziplinargewalt. Die verschiedenen Friedenskundgebungen, die die Sozialdemokrati-



Thorsten Brinkmann, Koffering, 2006

sche Partei am 13. Januar in Wien und Niederösterreich abhielt, wurden von vielen als zu zögerlich empfunden – es kam zu Protesten gegen die offiziellen Redner.

Massenerhebungen

Am 14. Januar, einem Montag, gab die Regierung die Kürzung der Mehrlohn um 50 Prozent bekannt. Diese Nachricht brachte das Fass zum Überlaufen: Der Startschuss für den wohl bedeutendsten Massenstreik in der österreichischen Geschichte erfolgte um 7.30 Uhr in den Daimler-Motorenwerken in Wiener Neustadt. Kurz darauf schlossen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Siegl'schen Lokomotivfabrik, der Flugzeugfabrik, der Radiatorenwerke und der Munitionsfabrik G. Rath dem Streik an. Rund 10'000 Menschen versammelten sich vor dem Wiener Neustädter Rathaus.

An vielen Orten der Stadt zirkulierte das berühmte Flugblatt von Koritschoner und Rothziegel. Nun breitete sich der Streik wie ein Lauffeuer aus: Am 15. Januar legten die rund 15'000 größtenteils weiblichen Beschäftigten der Munitionsfabrik Wöllersdorf die Arbeit nieder. Gestreikt wurde auch im steirischen Industriegebiet, in Linz, in Böhmen und Mähren, in Budapest und natürlich in Wien. Am 19. Januar erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt – an diesem Tag streikten in Wien 113'000 Personen, im übrigen Niederösterreich 154'000.

Diese rasanten Entwicklungen brachten die Sozialdemokratie in Zugzwang. Sie stellte in der Nacht von 16. auf 17. Januar ein Forderungsprogramm auf, welches unter anderem beinhaltete, von territorialen Forderungen gegenüber Russland abzusehen und die Militarisierung der Betriebe zu beenden. Nach einem Treffen zwischen der sozialdemokratischen Führung und der Regierung, die ihrerseits Zugeständnisse signalisierte, rief die Partei am 19. Januar zur Beendigung des Streiks auf.

Kein Ende des Krieges

Doch die Streikbewegung war nicht sofort zu Ende. In manchen Quellen wird sogar der 20. Januar als der Tag mit der stärksten Beteiligung angegeben. Zwar stimmte der Wiener Arbeiterrat bei seiner Sitzung im Arbeiterheim Margareten, die über neun Stunden dauerte, mit grosser Mehrheit dem Verhandlungsergebnis mit der Regierung zu. Dennoch kam es bei einigen Versammlungen in Gaststätten, auf Strassen und Plätzen zu Zusammenstößen zwischen Parteireferenten und radikalen Kriegsgegnern.

Die zögerliche und ambivalente

Haltung der Sozialdemokratie zog sich durch verschiedene Phasen des Weltkriegs und war in Deutschland noch offensichtlicher. Auch dort war die Sozialdemokratische Partei im Jahr 1914 der patriotischen Kriegsbegeisterung anheimgefallen – sie stimmte im August des Jahres im Reichstag den Kriegskrediten zu. Nach der Beendigung des Januarstreiks zog sich der Erste Weltkrieg an der Südfront sowie an der Westfront noch fast ein weiteres Jahr hin.

Die Anliegen der «Massen»

In der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung wurde die Rolle der Parteileitung legitimiert – sie habe die Anliegen der «Massen» vernünftig aufgegriffen und dadurch Blutvergiessen verhindert. Doch diese Interpretation hat ihre Schattenseiten. Denn die Fortdauer des Krieges kostete nicht nur an der Front zahllose Menschenleben: Im September 1918 ereignete sich in der bereits erwähnten Munitionsfabrik Wöllersdorf, in der im Januar so viele Arbeiterinnen für Frieden gestreikt hatten, ein furchtbares Unglück. Durch den Brand einer Baracke, in der Munition hergestellt wurde, kam es zu einer Explosion: Mehr als 250 Menschen, die meisten von ihnen Frauen und Mädchen, starben, über hundert wurden schwer verletzt.

Trotz des bitteren Nachgeschmacks der unmittelbaren Wirkungslosigkeit war der Januarstreik der Vorbote für zahlreiche Sozial-, Gesundheits- und Bildungsreformen. Die Hanusch-Gesetzgebung, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen, die Gründung der Arbeiterkammer und der Betriebsräte gehen auf diese bewegten Zeiten zurück.

Was wäre gewesen, wenn?

Ein spannendes Feld der Geschichtswissenschaften ist das der «counterfactual history» – Erforschung der nicht realisierten Möglichkeiten eines historischen Moments; der Frage also: «Was wäre gewesen, wenn ...» So geht der Historiker Hans Hautmann davon aus, dass die österreichische Sozialdemokratie sich im Januar 1918 auch dafür hätte entscheiden können, offensiver vorzugehen und ein strategisches Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und jenen Teilen des bürgerlichen Lagers zu suchen, die an der Beseitigung des feudalen Obrigkeitsstaates Interesse haben mussten.

Wäre es also möglich gewesen, dass eine demokratische Regierung in Österreich bereits im Janu-

ar 1918 den Krieg an allen Fronten beendet hätte? Hätte der Januarstreik 1918, der einige Wochen vor den grossen Streiks in Deutschland ausbrach, möglicherweise der Ausgangspunkt für eine langfristige friedliche Entwicklung in Europa sein können? Man wird es nie

wissen. Was jedoch mit Sicherheit gesagt werden kann, ist, dass der Januarstreik eine der eindrucksvollsten Bewegungen gegen Krieg und Ausbeutung war, die es in der Geschichte des 20. Jahrhunderts gab.

Alexander Behr, FCE-Österreich

DEUTSCHLAND

Terror-Hintergründe

«Wenn erfolgreiche Terroranschläge nützlicher als ihre Verhinderung sind»¹, lautet der vollständige Titel dieses Artikels, den wir hier in Auszügen veröffentlichen. Er handelt vom Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin und von der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Der Autor fragt sich, warum diese Taten nicht verhindert werden konnten bzw. sie niemand verhindern wollte.

Der «Fall Amri» ist wieder in den Schlagzeilen. Es handelt sich dabei um den am 19. Dezember 2016 begangenen Terroranschlag in Berlin. Ein LKW fährt mitten in den gut besuchten Weihnachtsmarkt und tötet insgesamt zwölf Menschen, Dutzende werden zum Teil schwer verletzt. Tags darauf ist von einem Anschlag mit islamistischem Hintergrund die Rede. Im LKW findet man einen Ausweis. Wenig später wird Anis Amri in Italien von Polizisten erschossen. Amri war in Deutschland kein «unbeschriebenes Blatt». Verschiedene Behörden hatten ihn «auf dem Schirm», beobachteten und observierten ihn, bis man die Spur verlor. Der Fall Amri hat zahlreiche Vorläufer. Er ist nicht nur voller Merkwürdigkeiten, Ungereimtheiten und Pannen. Die Manipulationen und Unterschlagungen von Beweismitteln konzentrieren sich genau dort, wo Überwachung in aktives Gewährenlassen übergeht. Parallelen zum NSU-Komplex drängen sich auf. Warum wurden die strafrechtlichen Möglichkeiten im Fall Amri nicht genutzt? Warum verwischt man Spuren? Warum nutzte man nicht das Wissen eines V-Mannes, der vor Amri als «gefährlichem Islamisten» gewarnt hatte? Warum stachelte genau dieser V-Mann Amri zu Anschlägen auf? Warum wurde die Observation von Anis Amri offiziellen Angaben zufolge abgebrochen? Wer hat dies veranlasst? Auf die beiden letzten Fragen antwortete der Kriminaldirektor Golcher, Chef der eingerichteten Task Force, vor dem parlamentarischen Untersu-

chungsausschuss in Berlin nicht. Dafür hätte er keine «Aussagegenehmigung». Lupenrein.

Um diese Farce zu verstehen, muss man wissen, dass die Task Force der Polizei «jeden Stein umdrehen» (Innenstaatssekretär Torsten Akmann) sollte. Dafür bekam sie den Namen «Lupe». Das Drehbuch hatte zwar satirereife Pointen, ist aber nicht besonders originell. Man kennt es aus anderen, ähnlich gelagerten Fällen. Natürlich kann all dies eine unglückliche Verkettung von noch unglücklicheren Zufällen sein. Was aber, wenn ein «anschlagsbereiter» V-Mann kein Zufall ist, die Manipulation von Beweismitteln keinem Zufallsprinzip folgt, sondern einem behördlichen/geheimdienstlichen Vorgehen? Es liegt in der «Natur der Sache», dass es auch im Fall Amri kein voll umfängliches Geständnis geben wird, das den Beweis erbringt, dass Ermittlungsziele und Vorgehensweisen diesen Terroranschlag haben geschehen lassen, dass der Schutz von Strukturen, Wissen und rechtswidrigen Geheimdienstmethoden gelegentlich mehr wiegt als die Verhinderung eines solchen Terroranschlags. Normalerweise begnüge ich mich damit, mit den noch vorhandenen Indizien nachzuweisen, dass die offizielle Version die unwahrscheinlichste ist, um es den Leser:innen zu überlassen, die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. In diesem Fall möchte ich ei-

1. Dieser Artikel wurde in voller Länge bei «Rubikon» am 1.11.2017 publiziert: <https://www.rubikon.news/artikel/der-fall-amri-und-seine-vorlaeufer>

nen anderen Weg gehen: Ich nehme die Hypothese zum Ausgangspunkt, dass dieser Terroranschlag hätte verhindert werden können und fülle sie mit den Fakten, die bisher öffentlich wurden. Wenn man diesem Weg folgt, wird man überrascht sein, wie weit man damit kommt.

«Pannen» im Fall Amri

Die mit diesem Fall betrauten Geheim- und Polizeidienste waren sich schnell und gut koordiniert einig. Alle hätten ein bisschen gewusst, aber eben nicht genug. Dann wussten sie ein bisschen mehr, aber das hätte auch nicht ausgereicht. Und verwiesen dabei auf die geltenden Gesetze – womit der eigentliche Schuldige gefunden war: der Rechtsstaat, der die potenziellen/islamistischen Täter schützt, Polizei und Geheimdienst also viel zu wenige Befugnisse haben, diese zu verfolgen.

Auf dieses Sprungbrett stellte sich die Bundeskanzlerin Merkel mit ihrem ganzen Gewicht und sprang ins volle Bad: *«Dort, wo Bedarf für politische oder gesetzliche Veränderungen gesehen wird, werden wir notwendige Massnahmen in der Bundesregierung zügig verabreden und umsetzen.»* Die oberste Pflicht des Staates sei es, die Bürger zu schützen. Die oberste?

Was mit «Bedarf» nur gemeint sein kann, ist klar: Mehr Polizei, noch mehr strafrechtliche Befugnisse, noch leichtere und schnellere Abschiebemöglichkeiten, noch mehr «Ausländerrecht», noch mehr Möglichkeiten, jemanden zum «Gefährder» zu machen, ohne dass es strafrechtlich relevante Beweise dafür gibt. Der Chor, der all dies anstimmt, hat lange geübt, der Text ist einstudiert. Es fehlten nur die Anlässe, ihn auftreten zu lassen.

In Berlin und in NRW wurden parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum Fall Amri eingerichtet. Sie sollen die Gründe für die «Pannen» ausfindig machen und daraus politische Konsequenzen ziehen. Dabei stiessen die Parlamentarier:innen in Berlin auf Merkwürdigkeiten, über die man beim besten Willen nicht hinwegsehen konnte: Verschiedene Dokumente, die den Fall Amri zum Inhalt haben, wurden manipuliert: Man änderte Worte im Text, man datierte Schreiben um, man schliff sich Beweismittel zurecht. Es stellen sich also die Fragen, warum man diese Straftaten im Amt beging, warum man das Risiko der Entdeckung in Kauf nahm?

Sehr schnell konnte der Zweck dieser Beweismittelmanipulationen herausgefunden werden: Es ging darum, das Wissen über Amri klein

zu schreiben und die vorhandenen und nicht genutzten strafrechtlichen Möglichkeiten gegen Amri «wegzuxxxxen». Wer in Deutschland die Handhabung des «Ausländerrechts», des Asyl- und Aufenthaltsrechts kennt, weiss, wie hart und gnadenlos fast jede Gelegenheit genutzt wird, die vorhandenen Rechtsmittel anzuwenden, alle Rechtsmittel auszuschöpfen. Das gilt ganz allgemein gegenüber Flüchtlingen. Das gilt ganz besonders, wenn man sie mit Islamismus in Verbindung bringt.

Übergeordnete Interessen?

Wenn man um diese Praxis weiss, dann kann man vorab eines ganz sicher festhalten: Bei Amri wurde nicht vergessen, die bestehenden Rechtsmittel anzuwenden. Es gab andere, das Ausländerrecht überragende «Rechtsgüter» und «Rechtsabwägungen», die hier zum Zuge kamen. Aber welche? (...)

Warum wird bestehendes Behörden- und Geheimdienstwissen nicht genutzt, um einen Anschlag zu verhindern? Warum wird die Aufklärung solcher Anschläge so massiv sabotiert, obgleich man die Opfer solcher Anschläge so herzergreifend bedauert hat? Man denke nur an den Bombenanschlag auf dem Münchner Oktoberfest 1980² und an die zehn Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zwischen 2000 und 2007. Warum decken politische Instanzen massive Rechtsbrüche? Sind das alles – im schlimmsten Fall – bedauerliche Pannen oder hat dieser Umgang einen deutlichen und benennbaren Nutzen? (...) Die anfangs gestellte Frage, welche gewichtigen Interessen eine Rolle gespielt haben könnten, um vorhandene Rechtsmittel gegen Anis Amri nicht einzusetzen, kann sehr konkret beantwortet werden. Wir lesen auf [«morgenpost.de»](http://morgenpost.de) vom 19.10.2017: *«Recherchen des rbb (Rundfunk Berlin – Brandenburg) und der Berliner Morgenpost belegen nun, dass die soge-*

nannte Vertrauensperson VP-01 frühzeitig Islamisten zu Anschlügen in Deutschland angestachelt haben soll. Laut eines Zeugen war dabei auch von einem Anschlag mit einem Lkw die Rede.» Mehr noch: Der vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA) geführte V-Mann «01» hatte also Kontakte zu Anis Amri und diesen immer wieder dazu aufgefordert, Anschläge in Deutschland zu verüben. Es gibt dafür nicht nur mehrere Zeugen. Es existiert auch ein «Behördenzeugnis», das der rbb und die BZ (Berliner Zeitung) einsehen konnten: In diesem *«berichtet der Nachrichtendienst über ein Vier-Augen-Gespräch, in dem VP-01 gegenüber einem Mitstreiter erklärt habe, nach einem zuverlässigen Mann für einen Anschlag mit einem Lkw zu suchen.»*

Fassen wir zusammen: Dem Landeskriminalamt (LKA) gelang es, einen V-Mann in der «islamistische Szene» zu platzieren. Dieser hatte auch Kontakt zu Anis Amri. Aus Unterlagen für den ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) in Nordrhein-Westfalen geht hervor, *«dass der Vertrauensmann mehrfach ausdrücklich vor der Gefährlichkeit Amris gewarnt habe»*, schreibt die Frankfurter Rundschau vom 21.10.2017. Der V-Mann wusste um dessen politische Einstellung und feuerte ihn und seine Freunde an, Anschläge zu verüben.

Der V-Mann «01» bestreitet dieses nicht, sondern erklärt dieses zu seinem Aufgabenprofil: *«(...) Er habe sich entsprechend seinem Auftrag, immer als anschlagsbereit gezeigt, um an Informationen zu gelangen»*, (Zitat aus Rbb24 vom 19.10.17).

Lassen wir das Paradoxon beiseite, zu Straftaten anzustiften, um sie zu verhindern.

Nützliches «Versagen»

Können begangene Terroranschläge nützlicher sein als verhindert? Diese Frage drängte sich an

mich heran wie ein rüddiger Hund. Wie kann man so viel Wissen und so viele Pannen zusammenbringen? Wie kann man an so viele Pannen glauben, die sich ganz zufällig passgenau ineinanderfügen?

Dann kroch das bleierne Déjà-vu-Gefühl hoch, dieses bodenlose Gefühl, dass sich hier etwas wiederholt! Denn natürlich ist alleine die Vorstellung, dass man Terroranschläge geschehen lässt, beängstigend. *«Wir müssen von Zeit zu Zeit Terroranschläge verüben, bei denen unbeteiligte Menschen sterben. Dadurch lässt sich der ganze Staat und die Bevölkerung lenken. Das primäre Ziel eines solchen Anschlages sind nicht die Toten, sondern die Überlebenden, denn die gilt es zu lenken und zu beeinflussen.»* (Zitat von Vincenzo Vinciguerra, Mitglied der NATO-Geheimarmee GLADIO).

Aber man kann die Frage auch vom Ende her angehen, also wie folgt stellen: Haben all diejenigen, die «Pannen» verursacht und Rechtsbrüche begangen haben, darunter gelitten? Wurden sie strafrechtlich verfolgt, wurden sie versetzt? Haben die Behörden, die daran beteiligt waren, an Einfluss, Macht und Befugnissen verloren? Man kann diese Fragen anhand der hier aufgeführten Beispiele klar und bestimmt beantworten: Nein! Haben all die beteiligten Behörden vom hie und da eingestandenen «Versagen» profitiert? Hat ihnen gar das «Versagen» genutzt? Das lässt sich deprimierend klar mit «ja» beantworten, wenn man nur auf den NSU-VS-Komplex, der Verquickung zwischen Nationalsozialistischem Untergrund und Verfassungsschutz³, schaut.

Unkontrollierbare Macht

Man könnte – mit normalem Sachverstand – meinen, alleine die Tatsache, dass über 40 enttarnte V-Leute im NSU-Nahbereich die Terroranschläge nicht verhindert, sondern mit ermöglicht haben, habe das V-Mann-System in Gänze diskreditiert. Man könnte als Konsequenz aus diesem «kompletten Staatsversagen» den Geheimdienst Verfassungsschutz (VS) abschaffen oder ganz bescheiden die Aufklärung vor «Quellenschutz» setzen und dies rechtlich verankern. Man könnte, bei Anwendung durchschnittlicher Logik, auch Folgendes annehmen: Wenn ein Geheimdienst in Serie Beweismittel unterschlägt, Akten vernichtet, Untersuchungsausschüsse belügt und Falschaussagen organisiert, also jede Art von Verschleierung betreibt, dass man ihn und seine Methoden «an die Leine» nimmt und wirksame Kontrollinstanzen verankert. Das genaue Gegenteil war und ist der Fall:

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) in Deutschland

Jahrelang blieb der so genannte NSU unentdeckt. Zwischen den Jahren 2000 und 2007 beging er zehn Morde in verschiedenen Bundesländern. Neun der Opfer waren scheinbar wahllos ausgewählte Männer mit Migrationshintergrund, acht Menschen aus der Türkei und ein Mann aus Griechenland. Während all dieser Jahre verschleppten die Behörden die Mordhintergründe ins «ausländische Milieu», das dabei sei, untereinander ab zu rechnen. Nachdem die Existenz des NSU nicht mehr zu leugnen war, wurden für all diese fremdenfeindlichen Morde – und zusätzlich für den Mord an einer deutschen Polizistin – das Neonazi-Trio Uwe Bönhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe als alleinige Täter verantwortlich gemacht. Nach ihrer Enttarnung haben Mundlos und Bönhardt unter bizarren Umständen angeblich Selbstmord begangen und Zschäpe steht noch vor Gericht. Dass das Trio nicht allein handelte, auf ein breites Netzwerk im neonazistischen Milieu abgestützt war und von Verbindungsmännern des Verfassungsschutzes «betreut» wurde, ist heute dank den Recherchen von mutigen Autoren wie Wolf Wetzel kein Geheimnis mehr.

Die Redaktion

Mehr konnte der Geheimdienst aus seinem Versagen nicht herausholen. Er hat von allem mehr bekommen: mehr Geld, mehr Personal, mehr Befugnisse.

«Alle Geheimdienstaffären, das zeigt die Geschichte, enden damit, dass Personal und Budget für die Dienste aufgestockt werden. Das gilt beispielsweise auch für die Affäre rund um den rechtsterroristischen NSU.» (Zitat von Josef Feschepoth, Historiker)

Diese Kontinuität und Unverschämtheit lässt sich am Beispiel des Inlandgeheimdienstes namens Verfassungsschutz sehr genau nachzeichnen. Bereits Ende 2014 liess uns eine klitzekleine Nachricht, die man auch überlesen durfte, wissen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mehr Geld und mehr Mitarbeiter bekommen wird.

Zu den circa 2'800 Mitarbeitern sollen bald 100 weitere hinzukommen. Ausserdem werden dieser Behörde als «Sachmittel» weitere 13,44 Millionen Euro bewilligt, womit der Etat für diese Behörde im Jahr 2015 bei fast 231 Millionen Euro liegt.

Dies beschloss das «Vertrauensgremium des Bundestages», das für den Geheimdienstetat zuständig ist. Man kann dies durchaus mit den Bonizahlungen für Spitzenangestellte bei Banken vergleichen.

Doch damit nicht genug. Ein halbes Jahr später, im Juli 2015, hatte der Bundestag das «Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes» beschlossen: «Das Begehen von Straftaten durch Staatsdiener und ihre V-Leute wird erstmals gesetzlich legitimiert und ihre Strafverfolgung eingeschränkt. Schwerer

kann man den Rechtsstaat kaum beschädigen.»⁴ Man kann dafür, wie Prof. Hajo Funke, auch folgende Worte finden: «Der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt brachte es auf den Punkt: ‚Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet‘. Genau das wird mit der geplanten Reform der Sicherheitsbehörden faktisch erreicht. Indem V-Leute vor Strafverfolgung weitgehend geschützt sind, erhalten sie eine von aussen unkontrollierbare Macht über einen rechtsfreien Ausnahmezustand. Ohne jede wirkliche Analyse der Mordserie und des staatlichen ‚Versagens‘ wird ein Abgrund an geheimen Parallelstrukturen im Staat rechtlich etabliert.»⁵

Vielleicht wird somit auch deutlich, dass es den nächsten «Fall Amri» oder NSU geben wird, solange «Skandale» so fürstlich honoriert werden. Man kann es auch anders sagen: Das, was uns als «Skandal» kurzweilige Empörung abverlangt, führt uns ein eingefärbtes «schwarzes Schaf» aus der Herde vor, damit diese ungestört ihres Weges gehen kann.

Wolf Wetzel

2. Wer sich die Fakten zum Anschlag auf das Oktoberfest in München 1980 in Erinnerung rufen möchte, sei auf folgenden Beitrag verwiesen: *Der blinde Fleck? Der Terroranschlag auf das Oktoberfest in München 1980 – und die Puppenspieler*: <https://wolfwetzel.wordpress.com/2016/10/04/der-terroranschlag-auf-das-oktoberfest-in-munchen-1980-und-die-puppenspieler/>

3. Wolf Wetzel: *Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund - wo hört der Staat auf?* im Unrast Verlag, Münster, 2015, 3. Auflage

4. Müller-Heidelberg: *Beamtete Straftäter – Täter vom Dienst (Der Staat ist der Verfassungsfeind*, NachDenkSeiten vom 15.6.2016)

5. Prof. Hajo Funke, *Jenseits des Rechts*, S. 238/39, in: *Geheimsache NSU, Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur*, Andreas Förster (Hg.), 2014



Torben Giehler, *Der Berg ruft!*, 2006

letztere so glorreich und so elend, so gross und so erbärmlich, so wunderbar und so erdrückend. Fortschritt und Cholera, Cholera und Fortschritt sind zwei Geisseln, die unseren Vorfahren noch unbekannt waren. [...] Fortschritt (mehr als nur eine Idee) ist jene hektische Erregung, jene unbändige Begierde, jene unaufhörliche Exaltiertheit, die unserer Gesellschaft insgesamt zu schaffen machen, die ihr weder Rast noch Ruhe oder Glück gönnen. Niemand weiss, wie diesem Übel beizukommen ist. Die Mediziner sind sich übrigens nicht einig: die einen sagen, es sei der Normalzustand, die anderen, es sei ein krankhafter Zustand, die einen, es sei ansteckend, die anderen, es sei nicht ansteckend. Unterdessen schreitet die Cholera – sprich: der Fortschritt – voran.»²

1835 war in Europa die Cholera eine weit verbreitete Krankheit. Der deutsche Philosoph Georg Friedrich Hegel (1770-1831), der dachte, die Geschichte würde sich mit seinem System vollenden, dabei aber den Fortschritt nicht kommen sah, ist dieser Krankheit erlegen. Und bald zwei Jahrhunderte später ist das Gleichsetzen beider aktuell wie eh und je. Nur – andere Zeiten, neue Übel. Der Diskurs des französischen Philosophen Jacques Bouveresse (geb. 1940) ist insofern interessant, als dass er sich von einem unbekanntem finnischen Philosophen inspirieren lässt, Georg Henrik von Wright (1916-2003). Dieser ist der Verfasser von *Myten om framsteget* («Fortschrittsmythos», 1993) In diesem Werk bringt er Fortschritt und Wachstum in Zusammenhang: «*Fortdauerndes Wirtschaftswachstum ist Voraussetzung für die Lösung von Problemen, die von intensiver und rationalisierter Industrieproduktion hervorgebracht werden.*»

Bouveresse unterstreicht, dass ausnahmslos alle politisch Verantwortlichen, selbst «konservative» oder «reaktionäre» (Präsidentenschaftskandidatinnen z.B.), diesen Fortschritt, also ständiges Wirtschaftswachstum und technologische Innovation sich zu ihrer ureigenen Angelegenheit gemacht haben. Dabei wird immer wieder die Meinung verbreitet, Wirtschaftswachstum sei notwendig, damit Armut abnimmt, während tatsächlich die Reichen immer reicher werden und die Ungleichheit enorme Ausmasse annimmt. Auch wird permanente technologische Innovation für unerlässlich gehalten, um den negativen Folgen des Wachstums Herr zu werden und der Endlichkeit der Ressourcen mit neuen Lösungen zu begegnen. Die neuen Technologien – darunter auch die, die als «grün» gelten – sind jedoch noch energieaufwändiger, benötigen mehr seltene Metalle und machen das Recycling komplizierter.

Victor Hugo meinte, «*das kollektive Schreiten des Menschengeschlechts ist der Fortschritt. Der Fortschritt marschieret*». Oder besser gesagt, wir marschieren, wir rennen, wir rollen, wir fliegen im Takt des Fortschritts. Und das hat schon Töpffer sehr gut erkannt: «*Allenthalben herrscht Unbehagen inmitten von Perfektion. allenthalben verderben hier und jetzt die zukünftigen Dinge die heutigen, die Beserung, die nicht eintritt, verdirbt das Gute in unseren Händen.*»

1. Originaltitel: *Le mythe moderne du progrès*, («Der moderne Fortschrittsmythos») entblättert und zerpfückt vom Philosophen Jaques Bouveresse basierend auf den Kritiken von Karl Kraus, Robert Musil, George Orwell, Ludwig Wittgenstein und Georg Henrik von Wright, Agone-Verlag, Sammlung Cent Mille Signes 2017)

2. Rodolphe Töpffer, *Du progrès dans ses rapports avec le petit bourgeois* («Über den Fortschritt und seine Beziehung zum Kleinbürgertum»), 1835, éd. Le temps qu'il fait, 2001)

GESTERN HEUTE MORGEN

Fortschrittsmythos

Vor kurzem las ich mit grossem Interesse ein kleines Büchlein: «Der moderne Fortschrittsmythos»¹. In dem Text wird die ebenso unausgegrenzte wie allgemein verbindliche Doktrin der kapitalistischen Gesellschaft, also der Industriegesellschaften, kritisiert. (Teil 1)

Das Büchlein beinhaltet zudem einen Auszug aus einer anderen kleinen Broschüre, die der Schweizer Schriftsteller Rodolphe Töpffer (1799-1846) – Erfinder des Comic-Strip – diesem Sujet widmete; die

Textstelle ist, wie ich finde, besonders treffend:

«*Fortschritt, Fortschrittsgläubigkeit, Fortschrittsfanatismus sind charakteristische Merkmale unserer Epoche, Fortschritt macht die*

Niemals Wohlbefinden, niemals Sicherheit, niemals Ruhe, unmöglich, sich zu entspannen oder irgendwo anzuhalten. Fortschritt all überall, er schwingt seine grosse Peitsche, die die Herde vorantreibt:

-Marsch!

-Was! Immer vorwärts! Und kein Halt?

-Marsch!

-Dieser schattige Ort gefällt mir, diese Heimstatt will ich.

-Da hinten gibt es bessere, marsch!

-Wir sind doch da.

-Marsch, marsch, immer weiter!

Man könnte meinen, dies sei der hässliche kleine Greis, der, an seine Schultern geklammert, Sindbad, den Seefahrer bald hierhin, bald dorthin, mal nach links, mal nach rechts treibt.»³

Sicher ist es dieses Unbehagen, was den deutschen Schriftsteller Walter Benjamin (1892-1940) in Bezug auf Charles Baudelaire (1821-1867), einen anderen Kritiker des Fortschritts, sagen lässt: «Das Konzept des Fortschritts muss auf der Idee der Katastrophe gegründet sein. Dass alles so weitergeht wie bisher, das ist die Katastrophe.» Aber, und das ist schade, soweit geht Bouveresse nicht. Er vertieft die konkrete Analyse des Fortschritts mit Begriffen der politischen Ökonomie nicht weiter, er untersucht die sozialen Veränderungen nicht, die diese Dynamik von Wirtschaftswachstum und technologischer Innovation in *Zwei Jahrhunderte[n] gnadenlosen Fortschritts – Deux siècles de progrès sans merci*⁵ – mit sich gebracht haben.

Bertrand Louart

3. Jede Parallele zwischen diesem Zitat und der Macron-Partei «La République En Marche!» – (Die Republik Marschiert) ist rein zufällig.

4. «Das ist ein weiterer sehr beliebter Irrtum, den ich meiden will wie die Hölle – ich meine die Idee des Fortschritts [...] Wer in der Geschichte einen klaren Blick behalten möchte, muss vor allem Lichter löschen, die falsche Pfade weisen.» Charles Baudelaire, *Curiosités esthétiques*, Exposition universelle, 1855

5. Titel eines Dokumentarfilms von Jean Druon (2010), der sehr detailliert diese Epoche nachzeichnet

SCHWEIZ

Stop Roundup – 1. Erfolg

Nicht jeden Tag werden die Parlamentarier-innen in der jurassischen Hauptstadt Delémont so freundlich empfangen: am 31. Januar verteilten Mitglieder der Gruppierung «Stop Roundup» Biobrötchen – «garantiert ohne Glyphosat» – vor dem Kantonsparlament.

Auf der Tagesordnung stand die Abstimmung über eine von der Grünen Partei eingereichte Ständesinitiative, die ein Verbot von Roundup und anderen glyphosat-haltigen Herbiziden in der Schweiz verlangt. Das Resultat war unerwartet klar: 38 Parlamentarier-innen des Kantons Jura stimmten der Vorlage zu, 5 enthielten sich der Stimme und nur 15 waren dagegen. Ein schöner Erfolg! Die Ständesinitiative wurde dem Bund übergeben und in Bälde werden Vertreter-innen des Kantons Jura bei den eidgenössischen Behörden vorstellig werden.

Es ist dringend notwendig, dass die Behörden die Bedenken aus der Zivilgesellschaft endlich ernst nehmen und das Vorsorgeprinzip anwenden. Geradezu zynisch war der vom Eidgenössischen Umweltschutzdepartement (BAFU) Ende November 2017 in die Vernehmlassung geschickte Vorschlag: Im Rahmen der Revision der Gewässerschutzverordnung soll die zugelassene Verschmutzung durch Glyphosat von Seen und Fließgewässern bis um den Faktor 3'600 angehoben werden. Schützt so das BAFU die Umwelt vor den Konsequenzen der Versprühung von jährlich 300 Tonnen Glyphosat auf den helvetischen Böden?

Bestürzt über die von der EU-Kommission verfügte neuerliche Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichters im vergangenen Herbst ist auch das Europäische Parlament. Das Plenum beschloss deshalb die Einrichtung eines Sonderausschusses, der bis im nächsten Dezember untersuchen wird, wie die Zulassungen von Pestiziden generell – und auch die von

Glyphosat – in der EU zustande kommen. Der Ausschuss soll auch prüfen, inwieweit die Industrie, zum Beispiel der multinationale Konzern Monsanto, auf das Zulassungsverfahren von Glyphosat Einfluss ausgeübt hat.

Das letzte Wort zu Glyphosat ist

also noch nicht gesprochen. In dieser Phase der Entscheidungsfindung können wir uns aktiv einbringen. Der Kanton Jura hat es vorgemacht: Ständesinitiativen können auch in anderen Kantonen angeregt werden. Die Revision der Gewässerschutzverordnung wird in jedem Kanton von den zuständigen Behörden behandelt. In einem an sie gerichteten Brief kann der Sorge angesichts der massiven Erhöhung der Zulassungsmenge für Glyphosat Ausdruck verliehen werden.

Wird die Schweiz als erstes Land in Europa Glyphosat verbieten? Wir bleiben dran!

Raymond Gétaz und Esther Gerber,
FCE Schweiz

CERRO LIBERTAD

Aufruf zur Mobilisierung

Das seit 10 Monaten besetzte und dadurch wiederbewirtschaftete Landgut Cerro Libertad¹ im südspanischen Andalusien mit 75 Hektar Olivenbäumen, das sich im Besitz der spanischen Bank BBVA befindet, soll auf richterlichen Befehl am 19. März 2018 geräumt werden.

Wenn die Gesetze, die uns regieren, vernünftig und logisch wären, dann müssten alle 150 Landgüter, welche die BBVA besitzt, den zehntausenden Arbeitslosen in dieser Gegend zur Bewirtschaftung übergeben werden. Während die Menschen hier nicht wissen, wovon sie leben sollen, kassieren die Banken landwirtschaftliche Subventionen für Tausende von Hektaren, die sie nicht bearbeiten, und schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz.

Wenn die Bank die Abermillionen von öffentlichen Geldern, die sie vom Staat als Unterstützung bekommen hat, den Menschen bis jetzt nicht zurückbezahlt hat, uns diese also schuldet, was sollte uns dann daran hindern, heute all diese Ländereien, die nur als Spekulationsobjekte dienen, zu besetzen, zu bewohnen und zu bearbeiten? Wir haben die Legitimität – das Recht und die Vernunft sind auf unserer Seite!

Unser wichtigstes Standbein ist die Solidarität – ohne sie hätten wir nie die 10 Monate durchgehalten. Wir rufen Euch dazu auf, weiterhin solidarisch zu sein, bis *Cerro Li-*

bertad, unser «Hügel der Freiheit», in den Händen von denjenigen ist, die das Land bearbeiten.

Was wir vorhaben

Wir möchten uns mit Euch auf die Räumung am 19. März vorbereiten: Am Samstag, den 17. März werden wir vom Sitz der Bank BBVA bis nach *Cerro Libertad* marschieren und den ganzen Tag zusammen verbringen; mit Diskussionen, Essen (jede:r bringt etwas mit), Musik, runden Tischen und was Euch noch so einfällt. Am Sonntag möchten wir gemeinsam den Empfang der Regierungs- und Bankdelegation vorbereiten. Welche Aktionen sind möglich und wie können wir sie durchführen, um am Montag, den 19. März die Räumungsdelegation entsprechend zu empfangen. Je zahlreicher wir sind, desto stärker und ideenreicher werden wir sein. *Por que la lucha es el unico camino!*

Kontakt: qurrus2@gmail.com
mmontalvez@hotmail.es
Tel.: 0034 635247703 / 0034 627754268

1. Siehe Februar-Archipel (Nr. 267): «Soziale Kämpfe in Andalusien»

ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194 Vermerk: Archipel oder EBF

Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Ich bestelle Exemplare von Archipel zum Vertrieb

Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Name Vorname

Strasse

PLZ Ort Land